

SWAP 4175

Prozess: Stadt Linz zahlt zwölf Millionen Euro im Vergleich an Bawag

Laut Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) braucht es noch einen Gemeinderatsbeschluss, dann könne aber vor dem Handelsgericht offiziell ein Vergleich geschlossen werden

18. Jänner 2023, 10:29, 18 Postings



Zuletzt hatte der OGH im August 2022 bestätigt, dass der Vertrag zwischen der Stadt Linz und der Bawag ungültig war.

Foto: APA/ROLAND SCHLAGER

Linz – Der jahrelange Rechtsstreit zwischen der Stadt Linz und der Bawag um den Swap 4175 wird nun offenbar mit einem Vergleich beigelegt. Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) bestätigte einen Artikel auf "[nachrichten.at](https://www.nachrichten.at/politik/landespolitik/vergleich-beim-swap-4175-linz-und-bawag-wollen-schlussstrich-ziehen;art383,3776253) [https://www.nachrichten.at/politik/landespolitik/vergleich-beim-swap-4175-linz-und-bawag-wollen-schlussstrich-ziehen;art383,3776253]", nach dem die Stadt zwölf Millionen Euro zahlen werde. Es brauche noch einen Gemeinderatsbeschluss seitens der Stadt und auch die Bawag müsse noch ihre Gremien befassen, sagte Luger. Doch dann könne es vor dem Handelsgericht Wien zur offiziellen Streitbeilegung kommen.

Rechtsstreit seit 2011

Der Streit um den Swap 4175 hat das Handelsgericht viele Jahre beschäftigt. Geklärt werden musste, ob der Abschluss dieses Finanzprodukts überhaupt rechtens war. Das Handelsgericht hatte im Jänner 2020 befunden, dass der Vertrag mangels aufsichtsbehördlicher Genehmigung ungültig ist. Der Fall ging vor den Obersten Gerichtshof (OGH) – dieser bestätigte das Urteil. Als Folge werde die Bawag ihre gegen die Stadt Linz gebuchte Forderung zur Gänze – es handelt sich um 254 Millionen Euro – bilanziell abschreiben, teilte die Bank damals mit. Laut der Bank wurde in dem Urteil aber keine Entscheidung im Hinblick auf gegenseitige Ansprüche getroffen. Die Bawag hatte Schadenersatz gegenüber der Stadt Linz gerichtlich eingeklagt – in diesem Verfahren gab es jetzt die Einigung auf einen Vergleich.

Umstrittener Deal

Der damalige Linzer Finanzdirektor Werner Penn hatte das Swapgeschäft – eine Art Kurs-Zins-Wette – im Jahr 2007 zur Absicherung einer auslaufenden Kreditlinie über 195 Millionen Schweizer Franken mit der Bawag abgeschlossen. Durch den Kursanstieg des Franken wuchs der Wert des Swaps 4175 auf mehrere hundert Millionen Euro, die zusätzlich zur Kreditschuld zu zahlen wären. Die Stadt Linz stellte im Jahr 2011 die fälligen Raten für den Swap ein, seitdem läuft der Rechtsstreit zwischen der Stadt Linz und der Bank. Es ging zuletzt um einen Streitwert von mehr als 500 Millionen Euro (ohne Gerichtskosten).

Penn hatte das Swapgeschäft im Rahmen einer Vollmacht abgeschlossen. Im Jahr 2004 habe der Linzer Gemeinderat aber nur einen "ganz allgemeinen Beschluss" zu Finanzgeschäften gefasst, sagte der Handelsgerichtsrichter Andreas Pablik im Jänner 2020 bei seiner Urteilsbegründung. Der damalige Linzer Bürgermeister Franz Dobusch (SPÖ) sei nicht befugt gewesen, Penn eine Vollmacht für derart riskante Finanzgeschäfte zu geben.

Nähere Details zu dem Vergleich will der Linzer Bürgermeister in einer Pressekonferenz zu Mittag bekannt geben. (APA, bpf 18.1.2023)

Zum Weiterlesen:

[Linzer Swap laut OGH ungültig, Bawag muss 254 Millionen Euro abschreiben](http://www.derstandard.at/story/2000138638037/linzer-swap-laut-ogh-ungueltig-bawag-muss-254-millionen-euro)

[<http://www.derstandard.at/story/2000138638037/linzer-swap-laut-ogh-ungueltig-bawag-muss-254-millionen-euro>]

[Linz hatte keine Lizenz zum Swappen \[http://www.derstandard.at/story/2000113000066/stadt-linz-bekam-recht-in-rechtsstreit-mit-bawag\]](http://www.derstandard.at/story/2000113000066/stadt-linz-bekam-recht-in-rechtsstreit-mit-bawag)

Wie finden Sie den Artikel? 5 Reaktionen

1 

2 informativ

hilfreich

2 berührend

unterhaltsam

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2023

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.